

:
Stadtrat

Erfurt, 10.12.2012

Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 28.11.2012

Sitzungsort: Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 23:09 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Stadtratesvorsitzende: Frau Pelke

Schriftführer/in: XXXXXXXXXX

Tagesordnung:

- | I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen-
Nummer |
|------|--|------------------------|
| 1. | Eröffnung durch den Oberbürgermeister | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO) | |
| 3.1. | Multifunktionsarena | 2203/12 |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift | |
| 4.1. | aus der Stadtratsitzung vom 26.09.2012 | |
| 4.2. | aus der Stadtratsitzung vom 27.09.2012 | |
| 4.3. | aus der Stadtratsitzung vom 17.10.2012 | |

5.	Aktuelle Stunde	
6.	Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)	
6.1.	Dringliche Anfragen	
6.1.1.	Dringliche Anfrage - Intelligente Lichtsteuerung bei der Straßenbeleuchtung Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.	2292/12
6.1.2.	Dringliche Anfrage - Metropolregion Mitteldeutschland Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.	2293/12
6.1.3.	Dringliche Anfrage - Bürgerhaus Roter Berg Fragesteller: Herr Schacht, Ortsteilbürgermeister Roter Berg	2305/12
6.1.4.	Dringliche Anfrage - Bahnhaltdepunkte Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.	2310/12
6.2.	Anfragen	
6.2.1.	Kontrolle des ruhenden Verkehrs in Wohngebieten Fragesteller: Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD	2273/12
6.2.2.	Bildungs- und Teilhabepaket Fragesteller: Herr Möller, Fraktion SPD	2274/12
6.2.3.	Wärmestuben für Obdachlose in den Wintermonaten Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU	2272/12
6.2.4.	Wettbewerb "Hauptstadt des Fairen Handels 2013" Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2138/12
6.2.5.	Tempo 30 Zone Juri-Gagarin-Ring Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2149/12
6.2.6.	Bierbikes Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2157/12

6.2.7.	Entschädigung für Feuerwehrautos Fragestellerin: Frau Hoyer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2158/12
6.2.8.	ICE-City Ost - Neues Schmidtstedter Tor Fragesteller: Herr Besser, Fraktion Freie Wähler	2277/12
6.2.9.	Sachstandsbericht zur Beteiligung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH als Kommanditistin an der Offshore-Wind für Hessen GmbH & Co. KG Fragesteller: Herr Rudovsky, Fraktion FDP	2276/12
6.2.10.	ehemaliges Wohnheim Ulan-Bator-Straße Fragesteller: Herr Haß, Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz	2155/12
6.2.11.	Fortsetzung des Schulnetzes für die Schuljahre 2012/13 bis 2013/14 Fragesteller: Herr Gießler, Ortsteilbürgermeister Urbich	2207/12
7.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
7.1.	Erfurt Tourismus und Marketing GmbH - Umsetzung des Beschlusspunktes 04 des Stadtratsbeschlusses Nr. 1700/12 vom 07.11.2012 Einr.: Oberbürgermeister	2217/12
7.1.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur DS 2217/12 - Erfurt Tourismus und Marketing GmbH - Umsetzung des Beschlusspunktes 04 des Stadtratsbeschlusses Nr. 1700/12 vom 07.11.2012	2383/12
7.1.2.	Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 21.11.2012 zum TOP 3.4 - Erfurt Tourismus und Marketing GmbH (DS 2217/12)	2317/12
8.	Entscheidungsvorlagen	
8.1.	Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt Einr.: Fraktion SPD	2442/11
8.1.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS 2442/11 - Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt	2523/11

8.2.	Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0400/12
8.3.	Vorabausschüttung der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0401/12
8.4.	Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Erfurter Bahn GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0402/12
8.5.	Prüfauftrag: Förderung umweltschonender Elektromobilität in Erfurt Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0814/12
8.5.1.	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0814/12 - Prüfauftrag: Förderung umweltschonender Elektromobilität in Erfurt	0954/12
8.5.2.	Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 0814/12 - Prüfauftrag: Förderung umweltschonender Elektromobilität in Erfurt	2040/12
8.6.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV562 "Beim Bunten Mantel" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	1403/12
8.6.1.	Änderungsantrag der Verwaltung zur Drucksache 1403/12 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV562 "Beim Bunten Mantel" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	2327/12
8.7.	Partikelfilter für Baumaschinen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1443/12
8.8.	Entscheidung zum Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens; ANV643 "Hinter der Trift" Einr.: Oberbürgermeister	1496/12

8.9.	Bebauungsplan BIN553 "Straßenverbindung Binderslebener Landstraße - Gothaer Straße (B7)" - Billigung des 2. Entwurfes und 2. öffentliche Auslegung und Lärmschutzmaßnahmen Einr.: Oberbürgermeister	1525/12
8.10.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV631 "Westlich Puschkinstraße" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses , Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	1679/12
8.10.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur DS 1679/12 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV631 "Westlich Puschkinstraße" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses , Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung	2372/12
8.11.	Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt (KASErf) nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu den Satzungen der Städte Bingen und Trier Einr.: Oberbürgermeister	1918/12
8.11.1.	Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion FDP zur DS 1918/12 - Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt (KASErf) nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts	2370/12
8.11.2.	Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur DS 1918/12 - Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt (KASErf) nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts	2371/12
8.12.	Bestellung Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss 2012 der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega) Einr.: Oberbürgermeister	1968/12
8.13.	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH und der Erfurter Verkehrsbetriebe AG Einr.: Oberbürgermeister	1970/12

8.14.	Wirtschaftsplan 2013 der Erfurter Garten- und Ausstellungen GmbH (ega) Einr.: Oberbürgermeister	1988/12
8.15.	Einlage eines städtischen Grundstückes in das Sondervermögen des Erfurter Sportbetriebes - Sportstätte des Polizeisportverband Erfurt e.V. in der Sulzer Siedlung Einr.: Oberbürgermeister	2041/12
8.15.1.	Nachfragen aus der Sitzung des Werkausschusses Erfurter Sportbetrieb am 22.11.2012 zur Drucksache 2041/12 - Bilanzwert	2346/12
8.16.	Kreditaufnahme 2012 Einr.: Oberbürgermeister	2066/12
8.17.	Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Ehrenamt ernst nehmen - Vereine von Kostenlast befreien" - Entscheidung über die Zulässigkeit nach § 16 Abs. 3 ThürKO Einr.: Oberbürgermeister	2078/12
8.18.	Einwohnerantrag nach § 16 ThürKO - "Ehrenamt ernst nehmen - Erfurter Vereine von Kostenlast befreien" Einr.: Oberbürgermeister	2079/12
8.19.	Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken Einr.: Oberbürgermeister	2120/12
8.20.	Verwaltungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur Förderung der gemeinnützigen ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt. Einr.: Oberbürgermeister	2204/12
8.20.1.	Änderungsantrag der Fraktion SPD zur DS 2204/12 - Verwaltungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur Förderung der gemeinnützigen ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt	2373/12
8.21.	Beitritt der Landeshauptstadt Erfurt zum Zweckverband "Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)" Einr.: Oberbürgermeister	2221/12
8.22.	Wohnungsneu- und umbau in Erfurt - Prüfauftrag Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2227/12

- 8.23. Einführung einer verfassungskonformen Besteuerung. **2241/12**
Beitritt zum Bündnis "Vermögensteuer jetzt!"
Einr.: Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜND-
NIS 90 / DIE GRÜNEN
- 8.24. Gebührenfreies WLAN auch in Erfurt einrichten **2249/12**
Einr.: Fraktion DIE LINKE.
9. Informationen
- 9.1. Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes **1843/12**
(AsylbLG) - Bargeld statt Wertgutscheine in der Landes-
hauptstadt Erfurt ab Oktober
Einr.: Oberbürgermeister

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung für den Oberbürgermeister eröffnete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, die 39. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2009 - 2014 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sie übergab sodann die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch den Bereich Oberbürgermeister, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob auf Grund dieser Mitteilung ein Stadtratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht.

Widerspruch gegen die Aufzeichnung erhob sich nicht.

Darüber hinaus teilte sie mit, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 24.11.2009 und am 28.02.2012 die Zustimmung erteilt hat, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bzw. die Fraktion Freie Wähler für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mit-schneiden dürfen.

Im Anschluss wurde die form- und fristgemäße Einladung nach § 35 (2) ThürKO sowie die Anwesenheit - zu diesem Zeitpunkt waren 40 Mitglieder des Stadtrates anwesend - und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO festgestellt.

Danach wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Letztlich verwies sie auf die Pause, welche in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfinden soll.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Folgende Änderungen zur Tagesordnung lagen vor:

a) zusätzlich aufgenommen werden soll:

Drucksache 2217/12 – Erfurt Tourismus und Marketing GmbH - Umsetzung des Beschlusspunktes 04 des Stadtratsbeschlusses Nr. 1700/12 vom 07.11.2012
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende ließ, nachdem Sie darüber informiert hatte, dass für die Aufnahme in die Tagesordnung eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder stimmen muss, über die dringliche Aufnahme der Angelegenheit in die Tagesordnung abstimmen. Einstimmung wurde die Drucksache in die Tagesordnung unter TOP 7.1 aufgenommen.

b) vertagt werden auf Antrag des jeweiligen Einreichers:

TOP 8.1 - Drucksache 2442/12 - Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt
Einr.: Fraktion SPD

TOP 8.5 - Drucksache 0814/12 - Prüfauftrag: Förderung umweltschonender Elektromobilität in Erfurt
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

TOP 8.7 - Drucksache 1443/12 - Partikelfilter für Baumaschinen
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 8.22 - Drucksache 2227/12 - Wohnungsneu- und umbau in Erfurt – Prüfauftrag
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

c) vorgezogen werden:

TOP 8.17 - Drucksache 2078/12 - Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Ehrenamt ernst nehmen - Vereine von Kostenlast befreien" - Entscheidung über die Zulässigkeit nach § 16 Abs. 3 ThürKO
Einr.: Oberbürgermeister

und

TOP 8.18 - Drucksache 2079/12 - Einwohnerantrag nach § 16 ThürKO - "Ehrenamt ernst nehmen - Erfurter Vereine von Kostenlast befreien"
Einr.: Oberbürgermeister

Die Drucksachen werden direkt nach der Pause behandelt.

d) Es wurde signalisiert, dass zu den Tagesordnungspunkten:

TOP 8.4 - Drucksache 0402/12 - Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Erfurter Bahn GmbH
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 8.6 - Drucksache 1403/12 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV562 "Beim Bunten Mantel" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 8.8 - Drucksache 1496/12 - Entscheidung zum Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens; ANV643 "Hinter der Trift"
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 8.12 - Drucksache 1968/12 - Bestellung Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss 2012 der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega)
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 8.19 - Drucksache 2120/12 - Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken
Einr.: Oberbürgermeister

kein Redebedarf besteht.

Weitere Anträge lagen nicht vor.

Gegen die Änderungen zur Tagesordnung erhob sich kein Widerspruch.

3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

3.1. Multifunktionsarena 2203/12

Der Fragesteller war nicht im Sitzungsraum anwesend.

zur Kenntnis genommen

4. Genehmigung der Niederschrift

4.1. aus der Stadtratsitzung vom 26.09.2012

genehmigt Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0

4.2. aus der Stadtratsitzung vom 27.09.2012

genehmigt Ja 37 Nein 0 Enthaltung 3

4.3. aus der Stadtratsitzung vom 17.10.2012

genehmigt Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0

5. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag vor.

6. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

6.1. Dringliche Anfragen

6.1.1. Dringliche Anfrage - Intelligente Lichtsteuerung bei der Straßenbeleuchtung 2292/12
Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache auf Antrag des Einreichers auf die Sitzung am 19.12.2012 vertagt wird. Eine Abstimmung über die Aufnahme der Angelegenheit in Dringlichkeit war daher nicht erforderlich.

vertagt

6.1.2. Dringliche Anfrage - Metropolregion Mitteldeutschland 2293/12
Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache auf Antrag des Einreichers auf die Sitzung am 19.12.2012 vertagt wird. Eine Abstimmung über die Aufnahme der Angelegenheit in Dringlichkeit war daher nicht erforderlich.

vertagt

6.1.3. Dringliche Anfrage - Bürgerhaus Roter Berg
Fragesteller: Herr Schacht, Ortsteilbürgermeister Roter Berg

2305/12

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 32

Nein: 4

Enthaltung: 1

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Drucksache 2397/12	Der Fragesteller nahm Bezug auf die Aussage, dass im Jahr 2012 Mittel an Bürgerhäuser ausgereicht wurden und bat um Mitteilung, an welche Bürgerhäuser die Mittel ausgereicht und zu welchem Zweck diese verwandt wurden.
-----------------------	---

zur Kenntnis genommen

6.1.4. Dringliche Anfrage - Bahnhaltepunkte
Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.

2310/12

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 27

Nein: 11

Enthaltung: 1

Befangen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Die Fragestellerin hatte keine Nachfragen beantragte jedoch die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss Bau und Verkehr unter Hinzuziehung der Ortsteilbürgermeister von Kühnhausen und Gispersleben.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2. Anfragen

- 6.2.1. Kontrolle des ruhenden Verkehrs in Wohngebieten 2273/12**
Fragesteller: Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 6.2.2. Bildungs- und Teilhabepaket 2274/12**
Fragesteller: Herr Möller, Fraktion SPD

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Jugendhilfeausschuss. Er wird hierzu seine Auffassung schriftlich einreichen.

Die Nachfragen beantwortete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach. Die Stadtratsvorsitzende regte an, eine weitere Diskussion zur Angelegenheit in der Ausschusssitzung zu führen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

- 6.2.3. Wärmestuben für Obdachlose in den Wintermonaten 2272/12**
Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU

Die Nachfragen des Fragestellers (Anzahl an Übernachtungsplätzen für Obdachlose, Suchtverhalten der Obdachlosen) beantwortete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach. Sie verwies darauf, dass die Obdachlosen selbst die Wahl haben, Angebote anzunehmen oder nicht.

zur Kenntnis genommen

- 6.2.4. Wettbewerb "Hauptstadt des Fairen Handels 2013" 2138/12**
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Hauptausschuss.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

Abstimmungsergebnis:

Ja: 44
Nein: 0
Enthaltung: 1
Befangen: 0

Damit wurde der Ergänzungsantrag angenommen. Sodann erfolgte eine Abstimmung über die nun ergänzte Drucksache.

mit Änderungen beschlossen Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Die mit dem 3. Nachtragshaushalt 2012 für die Haushaltsstelle 87800. 93000 beschlossene Haushaltssperre zur Ausreichung von zusätzlichen Mitteln an die Erfurt Tourismus und Marketing GmbH in Höhe von 212.000,00 Euro wird aufgehoben.

02

Die Erfurter Tourismus und Marketing GmbH legt dem Erfurter Stadtrat im I. Quartal 2013 ein inhaltlich und finanziell untersetztes Strategiekonzept zur zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft vor.

7.1.1. **Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur DS 2217/12 - Erfurt Tourismus und Marketing GmbH - Umsetzung des Beschlusspunktes 04 des Stadtratsbeschlusses Nr. 1700/12 vom 07.11.2012** **2383/12**

Siehe TOP 7.1.

bestätigt Ja 44 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

7.1.2. **Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 21.11.2012 zum TOP 3.4 - Erfurt Tourismus und Marketing GmbH (DS 2217/12)** **2317/12**

zur Kenntnis genommen

8. Entscheidungsvorlagen

- 8.1. Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt 2442/11
Einr.: Fraktion SPD

Siehe TOP 2.

vertagt

- 8.1.1. Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS 2523/11
2442/11 - Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt

vertagt

- 8.2. Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Erfurt Tou- 0400/12
rismus und Marketing GmbH
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 22.11.2012 bestätigt hat (Ja 1 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0).

Es folgte eine ausführliche Diskussion, an der sich folgende Personen beteiligten:

- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, sprach sich gegen einen Ausstieg des Tourismusvereins aus der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH (ETMG) aus. In Bezug auf den städtischen Zuschuss habe die Gesellschaft im Lauf der Jahre auch Reduzierungen hinnehmen müssen. Wenn zusätzliche Aufgaben übertragen werden, bedinge das auch eine ausreichende Finanzierung der Gesellschaft. Auch fehle der ETMG die erforderliche Ausstattung mit Eigenkapital, um auch geringe Rückgänge bei den Einnahmen auffangen zu können. Er bat aber um Zustimmung zur Drucksache.
- Herr Metz, Fraktion SPD, erläuterte die Beweggründe für den Beschlusspunkt 04 zur Drucksache 1700/12 aus der Sitzung des Stadtrates vom 07.11.2012, der von der SPD-Fraktion eingereicht wurde. Anliegen seiner Fraktion war es eine Ursachenanalyse zu betreiben. Er warb um Zustimmung zur Drucksache. Die Höhe des städtischen Zuschusses sei zwar gering, jedoch auch der Haushaltssituation geschuldet.
- Herr Vothknecht, Fraktion CDU, fragte Herrn Metz, zum Vorteil, beim Ausstieg des Mitgliedschafters und verglich das finanzielle Problem mit anderen Situationen bei den städtischen Eigenbetrieben bzw. GmbHs.
- Herr Metz beantwortete die Nachfragen von Herr Vothknecht und verwies auf das Informationsrecht der Bürger, die durch die Debatte erfolgte Transparenz und das Ziel der Stärkung des Aufsichtsrates.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, bat bei Herrn Metz um eine Erläuterung, wie es dem Tourismusverein und den Bürgern erklärt werden soll, dass eine Beteiligung des Vereins an den Verlusten erfolgen soll, obwohl er das nach geltender Satzung nicht muss.
- Herr Metz ging auf die Frage ein. Der Tourismusverein sollte die Erfahrung und das Wissen in die Gesellschaft einbringen, jedoch auch die Haftung mittragen. Weiterhin verwies auf das Informationsrecht der Bürger.

- Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, sieht bei dem ganzen Vorgehen eher eine politische statt einer wirtschaftlichen Motivation. Er verwies auf den Gesellschaftszweck. Versäumnisse habe es innerhalb der Gesellschaft gegeben, jedoch wurden auch zusätzliche Aufgaben übertragen. Er äußerte ausdrücklich sein Dank an die Beschäftigten für die erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft in den letzten 15 Jahren. Ferner äußerte er Kritik an der Art der Diskussion zur letzten Sitzung des Stadtrates; hierfür sei der Aufsichtsrat zuständig. Seine Fraktion wird sich der Stimme enthalten.
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, teilte mit, dass ihre Fraktion hinter der ETMG und der Geschäftsführerin steht. Sie verwies auf die Folgen einer Auflösung der Gesellschaft und hält die Diskussion in der Öffentlichkeit nicht für gut. Auch sie sprach die Problematik der Erweiterung der Aufgabenfelder ohne Zuschusserhöhung an und verwies auf Erfolg der ETMG. Sie bittet um Zustimmung zur Drucksache.
- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, verwies auf den Anteil der selbst erwirtschafteten Umsatzerlöse und die Höhe des Eigenfinanzierungsgrades in der Vergangenheit. Der Erfolg der Gesellschaft sei auch der Erfolg im Wirtschaftsfaktor Tourismus für die Stadt. Zuwächse bei den Übernachtungszahlen und eine Vernetzung zwischen den am Tourismus beteiligten Unternehmen erfolgten durch die Arbeit der Gesellschaft. Eine finanzielle Beteiligung des zweiten Gesellschafters sei nicht erforderlich, da eine Unterstützung der Arbeit der ETMG durch Maßnahmen der Vereinsmitglieder erfolgt.
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD, teilte mit, dass der Erfolg der ETMG nicht direkt messbar sei. Es wurde jedoch eine strategische Entscheidung zur Förderung des Tourismus auf diese Weise getroffen. Die Ziele und Aufgaben werden in den zuständigen Gremien beschlossen. Die Verantwortlichkeit für den Zustand der Gesellschaft muss jedoch geklärt werden. Er sieht ein Mitwirken des Vereins für erforderlich und unterbreitete dem Verein den Vorschlag: auf sein Veto-Recht im Aufsichtsrat zu verzichten.
- Herr Gloria, Fraktion SPD, der Personalüberhang habe auch zu den Schwierigkeiten beigetragen. Die Position der Geschäftsführerin wurde sehr deutlich in der Ausschusssitzung dargelegt. Ziel seiner Fraktion war es nicht, den Tourismusverein aus der Gesellschaft zu drängen, sondern dass dieser auf gewisse Rechte verzichtet.

Durch Frau Hoyer, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wurde der Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste gestellt. Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, stellte den Antrag auf Abstimmung. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Wortmeldung von Herrn Phlak, Fraktion DIE LINKE. Da diese Fraktion zum TOP noch nicht von ihrem Rederecht Gebrauch gemacht hatte, schlug die Stadtratsvorsitzende vor, über den weitergehenden Antrag von Herr Panse abzustimmen und danach noch einmal Herrn Phlak, das Rederecht zu erteilen. Zu dieser vorgeschlagenen Verfahrensweise erhob sich kein Widerspruch.

Über den Geschäftsordnungsantrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	9
Enthaltung:	1
Befangen:	0

Herr Phlak verwies auf die unterschiedlichen Interpretationen der Stadtratsbeschlüsse durch die Stadtratsmitglieder und verwies auf den neuen Auftrag an die Geschäftsführung der ETMG durch den unter TOP 7.1 beschlossenen Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2217/12 (Drucksache 2383/12).

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung über die Drucksache.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	6
Befangen:	0

Herr Schwäblein gab eine Erklärung zu seinem Abstimmverhalten wie folgt:

„Ich habe gegen den Antrag auf Abbruch der Debatte gestimmt, weil ich schon zum Ausdruck bringen wollte, dass es nicht redlich ist, in der einen Gesellschaft Minderheitsrechte so zu sehen, dass der Kleine Nachschusspflicht hat und sich selber in einer Gesellschaft, nämlich dem Flughafen, als Minderheitsgesellschafter sich aus der Mitfinanzierung komplett rauszunehmen.“

beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Der Stadtrat stimmt zu, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH die nachfolgenden Beschlüsse fasst:

01

Der Jahresabschluss 2011 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH, welcher den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfungsunternehmens Bavaria Treu AG erhalten hat und eine Bilanzsumme von 349.175,55 Euro sowie einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.049.239,49 Euro ausweist, wird festgestellt.

02

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.049.239,49 Euro wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.

03

Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

04

Als Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss 2012 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz wird die Bavaria Treu AG, Steigerstraße 41 in 99096 Erfurt, bestellt. Der Prüfbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

8.3. Vorabausschüttung der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt 0401/12
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen in seiner Sitzung am 22.11.2012 die Drucksache bestätigt hat (Ja 6 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

Zu Wort meldeten sich

- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, sprach von einem „einmaligen Vorgang“, der bisher dem Stadtrat noch nicht vorgelegt wurde und begründete die Ablehnung der Drucksache.
- Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, begründete die Ablehnung der Drucksache durch seine Fraktion u. a. mit dem Beschluss des Aufsichtsrates, der sich gegen die Ausschüttung ausgesprochen hatte.
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, begründete ebenfalls die Ablehnung der Drucksache durch ihre Fraktion mit dem Hinweis auf die Aufgabe der Gesellschaft, preisgünstige Mietwohnung vorzuhalten und sozialen Wohnungsbau zu betreiben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 36 Nein 16 Enthaltung 0 Befangen 0

Der Stadtrat stimmt zu, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt nachfolgenden Beschluss fasst:

Von dem in der Bilanz der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt ausgewiesenen Gewinnvortrag in Höhe von 2.371.237,46 Euro wird ein Teilbetrag in Höhe von 400.000,00 Euro (Auszahlungsbetrag) an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt ausgeschüttet.

Der auszuschüttende Betrag ist zum 11.12.2012 fällig.

8.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Erfurter 0402/12
Bahn GmbH
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte das Votum des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen aus seiner Sitzung am 22.11.2012 mit: bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0). Entsprechend der Festlegung unter TOP 2 erfolgte keine Wortmeldung der Stadtratsmitglieder zur Drucksache.

Es wurde jedoch der ehemaligen Geschäftsführerin der Erfurter Bahn GmbH, Frau Heidemarie Mähler, einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Frau Mähler verabschiedete sich und dankte dem Stadtrat für die vielen Jahre der gemeinsamen guten Zusammenarbeit. Im Namen des Stadtrates übermittelte die Stadtratsvorsitzende den Dank an Frau Mähler und wünschte ihr für die Zukunft alles Gute.

beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Der Stadtrat stimmt zu, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Erfurter Bahn GmbH die nachfolgenden Beschlüsse fasst:

01

Der Jahresabschluss 2011 der Erfurter Bahn GmbH, welcher den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfungsunternehmens WIBERA AG erhalten hat und eine Bilanzsumme von 98.348.976,40 Euro sowie einen Bilanzgewinn in Höhe von 1.564.385,95 Euro ausweist, wird festgestellt.

02

Der Bilanzgewinn in Höhe von 1.564.385,95 Euro wird wie folgt verwendet:

- a) Ausschüttung an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt in Höhe von 617.760,52 Euro (brutto) (Auszahlungsbetrag 520.000,00 Euro). Der auszuschüttende Betrag ist zum 11.12.2012 fällig.
- b) Einstellung in die zweckgebundene Rücklage in Höhe von 946.625,43 Euro.

03

Der Geschäftsführerin Frau Heidemarie Mähler wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

04

Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

05

Als Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss 2012 der Erfurter Bahn GmbH einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz wird die WIBERA AG, bestellt. Der Prüfbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

8.5. Prüfauftrag: Förderung umweltschonender Elektromobilität in Erfurt 0814/12
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe TOP 2.

vertagt

8.5.1. **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** 0954/12
zur DS 0814/12 - Prüfauftrag: Förderung umweltscho-
nender Elektromobilität in Erfurt

vertagt

8.5.2. **Änderungsantrag der Fraktion CDU** zur DS 0814/12 - 2040/12
Prüfauftrag: Förderung umweltschonender Elektromobi-
lität in Erfurt

vertagt

8.6. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV562 "Beim Bun-** 1403/12
ten Mantel" - Billigung Entwurf und öffentliche Ausle-
gung
Einr.: Oberbürgermeister

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache am 20.11.2012 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0), teilte die Stadtratsvorsitzende mit. Zur Drucksache lag ein Änderungsantrag der Verwaltung mit Drucksache 2327/12 vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies darauf, dass dieser Antrag nur redaktionelle Anpassungen und Ergänzungen der Anlage 3.2, Anlage 3.3, Anlage 3.6.1 und Anlage 3.7. beinhaltet und diese bereits in den Bebauungsplan und die Zwischenabwägung eingeflossen sind.

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 erfolgte keine Diskussion, sodass die Stadtratsvorsitzende sofort zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Änderungsantrages der Verwaltung (Drucksache 2327/12) aufrief.

mit Änderungen beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

01

Die Zwischenabwägung (Anlage 4) zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden eingegangenen Stellungnahmen wird gebilligt.

02

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes BRV562 "Beim bunten Mantel" in seiner Fassung vom 06.11.2012 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

03

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes BRV562 "Beim bunten Mantel", dessen Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

Die haushalterische Sicherung erfolgt zum Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan.

Die Umsetzung der Lärmschutzmaßnahmen wird zeitgleich mit dem Zeitpunkt der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes beginnen.

05

Der Stadtrat würde die nicht in seinem Ermessen stehende verkehrsrechtliche Anordnung zur Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 tags und nachts in den betroffenen Abschnitten auf der Binderslebener Landstraße und die Überwachung der Einhaltung dieser Anordnung als aktive Lärmschutzmaßnahme begrüßen.

Die Anlagen zum Beschluss sind der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

**8.10. Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV631 "Westlich 1679/12
Puschkinstraße" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses
, Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in der Sitzung am 20.11.2012 bestätigt hat (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit Drucksache 2372/12 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung hierzu lag den Fraktionen und dem fraktionslosen Stadtratsmitglied vor.

Zur Diskussion beteiligten sich:

- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: begründete den Antrag seiner Fraktion, zitierte aus dem Antrag des Vorhabenträger (Erhalt der Bäume), Grund der Fraktion zur Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss, die Fällung der Bäume erfolgte ohne gültige Genehmigung, sieht den Stadtrat in seiner Entscheidungshoheit hintergangen, hinsichtlich des Änderungsantrages wurde der letzte Satz des Antrages zurückgezogen und Satz 1 wie folgt geändert: "Der Stadtrat erwartet ... Kompensationsmaßnahme, die einem Erfurter Verein zugute kommt, zu leisten.";
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, äußerte rechtliche Bedenken und sprach sich für eine erneute Diskussion im Fachausschuss aus;
- Herr Metz, Fraktion SPD, empfahl ebenfalls eine rechtliche Würdigung des Antrages herbeizuführen und die Angelegenheit im Ausschuss zu beraten;
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, sprach von einer misslichen Situation, die Diskussion müsse geführt, jedoch der eine Sachverhalt von dem anderen getrennt werden, sprach sich für eine Beschlussfassung zum Bebauungsplan aus, der Inhalt des Änderungsantrages soll im Ausschuss beraten werden;
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass die Bedingungen der Baumfällgenehmigung durch den Vorhabenträger nicht beachtet wurden, dem Stadtrat sei die Entscheidung in der Sache abgenommen worden, äußerte sich kritisch zur rechtlichen Verknüpfung des Beschlusses zum Bebauungsplan mit dem Handeln des Vorhabenträgers;

- Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf das reguläre Verwaltungsverfahren (Ordnungswidrigkeitsverfahren) und sprach sich gegen eine Verknüpfung aus, dennoch sei der Stadtrat brüskiert;
- Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., will in das Verwaltungsverfahren nicht eingreifen und sieht bereits in der geführten Diskussion das Ziel als erreicht an;
- Herr Spangenberg schlug daraufhin vor, nicht den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu beschließen, sondern den Inhalt des Antrages als Protokollnotiz aufzunehmen in dem Sinne, dass die Verwaltung gebeten werde, im Antragssinne mit dem Vorhabenträger zu reden und dann zu berichten, was sich daraus ergeben habe;
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, geht davon aus, dass der Vorhabenträger die Botschaft des Stadtrates verstanden habe, Vorschlag, den Antrag nicht abzustimmen;
- Herr Kanngießer schloss sich dem Vorschlag von Herrn Spangenberg an und bat die Verwaltung darum, sich im Sinne des Antrages:
"Der Stadtrat erwartet vom Vorhabenträger, zuzüglich eventueller Bußgelder im Rahmen des anhängigen Ordnungswidrigkeitsverfahrens für die widerrechtlich gefälltten Bäume an der Puschkinstraße, eine Kompensationsmaßnahme, die einen Erfurter Ver- ein zugute kommt, zu leisten."
 mit dem Vorhabenträgers in Verbindung zu setzen und über das Ergebnis zu berichten; zog daraufhin den Antrag (Drucksache 2372/12) zurück.

Die Abstimmung erfolgte daher über die Drucksache in ursprünglicher Form.

beschlossen Ja 37 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Der Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan BRV631 „Westlich Puschkinstraße“, Beschluss 0288/12 vom 09.05.12 veröffentlicht im Amtsblatt Nr. Nr. 12 vom 08.06.12 wird im Geltungsbereich geändert. Der Geltungsbereich wird entsprechend der zeichnerischen Darstellung im vorhabenbezogenen Bebauungsplan BRV631 „Westlich Puschkinstraße“ (Anlage 2) umgrenzt.

02

Die Zwischenabwägung zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) wird gebilligt.

03

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes BRV631 "Westlich Puschkinstraße" in seiner Fassung vom 26.10.2012 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebil- ligt.

04

Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

05

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes BRV631 "Westlich Puschkinstra- ße", dessen Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen FDP und Freie Wähler mit Drucksache 2370/12 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und dem fraktionslosen Stadtratsmitglied vor. Weiterhin liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit Drucksache 2371/12 vor. Die hierzu ergangene Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Zudem lag den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied eine Mitteilung zu einem Urteil des VG Gelsenkirchen vor.

Zu Wort meldeten sich:

- Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, nahm Bezug auf das Urteil des VG Gelsenkirchen, bezweifelte die Rechtskonformität der vorliegenden Satzung und wird diese daher ablehnen;
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, sprach sich für die Aufhebung der Satzung über die Erhebung einer Kulturförderabgabe aus;
- Frau Hoyer, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte den Wertegang zum Erlass der Satzung (Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 % für Beherbergungsbetriebe), unterbereitete einen Vorschlag zur pauschalen Erhebung einer Abgabe;
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, teilte mit, dass die vorliegende Satzung ihrer Meinung nach die rechtsunsichere Regelungen nicht ausgleicht, ging auf die Besonderheiten der bestimmter Berufsgruppen ein, Erhebung der Daten, Aufwand bei den Hoteliers, absehen von der Steuererhebung;
- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, wünscht dem DEHOGA viel Erfolg beim Einreichen der Klage und sieht für die Hotels eine Zunahme an Bürokratie;
- Der Oberbürgermeister verwies auf den enormen Anteil an freiwilligen Leistungen im kulturellen Bereich, die Haushaltslage, entweder seien Kürzungen erforderlich oder es müssten Mehreinnahmen von denen erhoben werden, die die kulturellen Einrichtungen nutzen, die aktuell steigenden Einwohnerzahlen und Touristen führt er u. a. auf das gute Angebot in Erfurt zurück, kleiner Anteil der Steuer an den Kosten, die jährlich für Kultur ausgegeben werden;
- Herr Prof. Dr. Thumfart erwiderte zu den Aussagen von Herrn Schwäblein;
- Herr Panse fragte zur rechtlichen Bewertung der Pressemitteilung;
- Der Oberbürgermeister forderte die Stadtratsmitglieder auf, mitzuteilen, welche Ausgaben gekürzt werden sollen, wenn die Kulturförderabgabe nicht erhoben würde;
- Die Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften, Frau Pablich, teilte mit, dass die durch das VG Gelsenkirchen angegriffene Dortmunder Satzung andere Regelungen zum Steuerschuldner (dort: der Beherbergungsbetrieb, in der Erfurter Regelung der Gast) habe, dort eine Bescheinigung des Arbeitgebers verlangt würde, bei der Erfurter Regelung sei eine Selbsterklärung ausreichend, letztlich werde mit der vorgelegten Satzung ein Auftrag des Stadtrates erfüllt¹, eine Anpassung der Regelungen an die geltende Rechtsprechung kann immer wieder notwendig sein;

¹ Anm.: Beschluss zur Drucksache 1475/12 aus der Sitzung vom 18.07.2012.

- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, verwies darauf, dass auf die Einnahmen nicht verzichtet werden kann, wenn das kulturelle Potenzial der Stadt aufrecht erhalten werden soll;

Herr Metz, Fraktion SPD, stellte den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schließung der Rednerliste. Die Stadtratsvorsitzende trug daraufhin die Rednerliste vor und ließ danach über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja:	27
Nein:	15
Enthaltung:	0
Befangen:	0

Damit wurde der Antrag angenommen und mit der Aussprache entsprechend den restlichen Wortmeldungen fortgefahren.

- Herr Kemmerich verwies darauf, dass die steuerliche Entlastung der Hotellerie Arbeitskräfte gesichert habe und darauf, dass durch die Gewaltenteilung eine Kontrolle der Regelung durch die Judikative möglich sei;
- Frau Prof. Dr. Aßmann fragte den Oberbürgermeister, was zur Kulturförderung unternommen wurde, bevor es die Kulturförderabgabe gab;
- Der Oberbürgermeister verwies in der Beantwortung auf andere haushalterische Zeiten, die Steigerung der Ausgaben im pflichtigen Bereich, die Ausgaben der Kultur sind wesentlich höher als Einnahmen aus der Kulturförderabgabe;
- Herr Vothknecht teilte mit, dass die Landeshauptstadt Erfurt auch ab dem 01.01.2013 die Gewerbesteuer anheben wird, Zuwanderung bedinge auch mehr Einnahme (z. B. aus der Einkommenssteuer und Zuwendungen der öffentlichen Hand), es sollten eher Anreize für Gäste geschaffen werden (z. B. Gutscheine);
- Der Oberbürgermeister sprach von der Verantwortung, die der Stadtrat übernehmen muss und nur das Geld ausgegeben werden kann, was auch da ist.

Drucksache 2402/12	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Herr Panse, bat um schriftliche Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Urteil des VG Gelsenkirchen in Bezug auf die Regelungen der Kulturförderabgabe der Stadt Erfurt. Er nannte hier insbesondere die in der Urteilsbegründung genannte faktische Beweislastumkehr zu Lasten des Beherbergungsbetriebes und zu Gunsten der Stadt.
-----------------------	--

- Frau Hoyer, erläuterte ihren Willen auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Akteuren in ihrer neuen Funktion als Beigeordnete für Wirtschaft;
- Herr Besser, Fraktion Freie Wähler, erläuterte seinen Standpunkt zum Umgang mit Gästen;
- Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., geht davon aus, dass die Gerichte über die Zulässigkeit der Normen entscheiden, das Urteil des VG Gelsenkirchen

betrifft die Satzung der Stadt Dortmund und ist nicht auf Erfurt anwendbar, bat die anderen Fraktionen, Vorschläge zur Einnahmeerhöhung zu unterbreiten;

- Herr Schwäblein empfahl eine Folgenabschätzung vorzunehmen,
- Der Oberbürgermeister bekräftigte sein vorangegangenes Statement und verwies auf die Verantwortung, die für die Stadt übernommen werden müsse, es kann nur das ausgegeben werden, was auch eingenommen wird, eine entsprechende Abwägung sei vorzunehmen und fordert die Mehrheit des Stadtrates zum verantwortlichen Handeln auf.

Am Ende der Rednerliste erläuterte die Stadtratsvorsitzende das Abstimmungsprozedere wie folgt:

Zuerst erfolgt eine Abstimmung über den Antrag der Fraktionen FDP und Freie Wähler (Drucksache 2370/12). Dieser wurde wie folgt abgelehnt:

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	28
Enthaltung:	0
Befangen:	0

Danach erfolgte die Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2371/12):

Abstimmungsergebnis:

Ja:	27
Nein:	15
Enthaltung:	0
Befangen:	0

→ damit beschlossen

Danach erfolgte die Abstimmung über die ergänzte Drucksache 1918/12:

Abstimmungsergebnis:

Ja:	29
Nein:	13
Enthaltung:	0
Befangen:	0

→ damit mit Änderungen beschlossen

Drucksache 2403/12	Herr Panse äußerte erhebliche datenschutzrechtliche Bedenken hinsichtlich des Formulars zur Bestätigung der beruflich zwingenden erforderlichen Übernachtung und bittet daher darum, dieses dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mit der Bitte um Stellungnahme zukommen zu lassen und über das Ergebnis zu berichten.
-----------------------	--

Danach bat die Stadtratsvorsitzende die Fraktionsvorsitzenden nach vorn, um über den weiteren Sitzungsverlauf zu beraten. Im Anschluss teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass sich darauf verständigt wurde, mit der Sitzung zunächst bis 23 Uhr fortzufahren und sich dann noch einmal zu beraten.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 13 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Die als Anlage beigefügte Satzung zur Erhebung der Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt KASerf wird beschlossen.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt (KASerf) in Verbindung mit § 2 Abs. 4 Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) zur Genehmigung vorzulegen, die vorzeitige Bekanntmachung zu beantragen und die Satzung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

03

Das Verfahren zur Erhebung einer Kulturförderabgabe wird nach einem Jahr einer Revision unterzogen. Das Ergebnis wird dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben im Februar 2014 vorgelegt.

Hinweis:

Die Satzung zur Erhebung der Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt KASerf ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.

8.11.1. Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion FDP zur DS 1918/12 - Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt (KASerf) nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts 2370/12

abgelehnt Ja 14 Nein 26 Enthaltung 0 Befangen 0

- 8.11.2. **Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur DS 1918/12 - Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen in der Landeshauptstadt Erfurt (KASErf) nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts** 2371/12

bestätigt Ja 25 Nein 15 Enthaltung 0 Befangen 0

- 8.12. **Bestellung Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss 2012 der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega) Einr.: Oberbürgermeister** 1968/12

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen in seiner Sitzung am 22.11.2012 die Drucksache bestätigt hat (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0). Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 erfolgte keine Diskussion, sondern eine sofortige Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Der Stadtrat stimmt zu, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH einen Beschluss zur Bestellung des Wirtschaftsprüfungsunternehmens BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Arnstädter Straße 28, 99096 Erfurt, zur Prüfung des Jahresabschlusses 2012 einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz fasst.

- 8.13. **Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH und der Erfurter Verkehrsbetriebe AG Einr.: Oberbürgermeister** 1970/12

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen hat die Drucksache in der Sitzung am 22.11.2012 bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0), teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, erläuterte, warum seine Fraktion die Drucksache ablehnen wird: Mit der vorgesehen Änderung des § 2 des Vertrages sieht er die Haushaltskompetenz des Stadtrates beschnitten und er wird die Regelung juristisch prüfen lassen.

Die Stadtratsvorsitzende rief danach die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 34 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0

Der Stadtrat stimmt zu, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH nachfolgende Beschlüsse fasst:

01

Der Änderung des zwischen der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH und Erfurter Verkehrsbetriebe AG bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

02

Der Geschäftsführer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH wird ermächtigt, alle in diesem Zusammenhang gebotenen Erklärungen abzugeben.

Hinweis:

Die Anlage 1 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

8.14. Wirtschaftsplan 2013 der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega) 1988/12 Einr.: Oberbürgermeister

In der Sitzung des Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen am 22.11.2012 wurde die Drucksache bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0), teilte die Stadtratsvorsitzende mit. Wortmeldungen lagen nicht vor, sodass direkt über die Drucksache abgestimmt wurde.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Der Stadtrat stimmt zu, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH einen Beschluss zur Feststellung des Wirtschaftsplanes 2013 der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH mit Stand vom 06.09.2012 gem. Anlage fasst.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wurde der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

8.15. Einlage eines städtischen Grundstückes in das Sondervermögen des Erfurter Sportbetriebes - Sportstätte des Polizeisportverband Erfurt e.V. in der Sulzer Siedlung 2041/12 Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ortsteilrat Sulzer Siedlung die Drucksache in der Sitzung am 13.11.2012 bestätigt hat (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0).

Weiterhin teilte Sie mit, dass der Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb die Drucksache in der Sitzung am 22.11.2012 mit einer Festlegung bestätigte (Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0). Die Stellungnahme der Verwaltung zur Festlegung des Ausschusses einschließlich einer Ergänzung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Stadtratsmitglied mit Drucksache 2346/12 vor.

Wortmeldungen gab es keine, sodass die Stadtratsvorsitzende sofort zur Abstimmung aufrief.

beschlossen Ja 37 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Stadtrat beschließt die Übertragung einer Teilfläche des städtischen Grundstückes Stotternheimer Platz in das Sondervermögen des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb entsprechend der Kennzeichnung im Zuordnungsplan wie folgt:

- Gemarkung Erfurt-Nord, Flur 61, Flurstück245/6
- Gesamtgröße: 6.378 m², Nutzungsart: Gebäude- und Freifläche
- zu übertragende Teilfläche: ca. 959 m²

02

Die Werkleitung des Erfurter Sportbetriebes wird beauftragt die zugeordnete Fläche zum 01.01.2013 in das Anlagevermögen und die Bilanz des Eigenbetriebes aufzunehmen.

8.15.1. Nachfragen aus der Sitzung des Werkausschusses Erfurter Sportbetrieb am 22.11.2012 zur Drucksache 2041/12 - Bilanzwert 2346/12

zur Kenntnis genommen

**8.16. Kreditaufnahme 2012 2066/12
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache am 21.11.2012 bestätigt hat (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor, sodass sofort zur Abstimmung aufgerufen wurde.

beschlossen Ja 34 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den in der Haushaltssatzung 2011/2012 genehmigten Kredit für das Jahr 2012 über 9,0 Mio. EUR aufzunehmen.

Zur Diskussion sprachen, zum Teil mehrfach:

- Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., findet die Formen der direkten Demokratie wünschenswert, möchte das ehrenamtliches Engagement unterstützen, verweist auf die vielfältigen Aufgaben der Stadt (z. B. Jugendhäuser, Seniorenbegegnung, Kindertagesstätten), keine unbedeutende Summe für den Haushalt der Stadt, Problem wurde durch den Stadtrat bereits erkannt und im zuständigen Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile (OSO) wird es eine Diskussion geben, er sieht daher den Antrag als überholt an, fragte nach der Frist für die Entscheidung über den Antrag;
- Herr Hutt, Fraktion CDU, sprach zur Dauer der Unterschriftssammlung, Forderungen der Bürger zum Handeln, empfiehlt eine Beschlussfassung über den Antrag, in den zuständigen Ausschüssen wird danach über den Vorschlag der Stadtverwaltung beraten;
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, fragte nach dem Stand der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses, der Wille des Stadtrates soll durch den Beschluss des Einwohnerantrages nochmals bekräftigt werden, bat um Zustimmung zum Antrag, die Verwaltung soll darlegen, wann der Stadtratsbeschluss umgesetzt wird, bei der Ausschussberatung sollen auch die Vertreter von einigen betroffenen Erfurter Vereinen eingeladen werden, Vorlage des Haushaltsplanentwurfes;
- Herr Metz, Fraktion SPD, sprach davon, dass die finanzielle Kompensation geklärt werden muss und sprach sich für eine Behandlung im Ausschuss OSO aus, eine Lösung müsse vorgelegt werden;
- Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., sprach von der Widersprüchlichkeit des Antrages und ging auf die bisher schon gewährten kostenfreie Nutzung durch gemeinnützige Vereine ein; erforderlich sei auch eine Neukalkulation bei den Betriebskosten, dies könne jedoch auch zu Mehrkosten führen, problematisch seien jedoch die Verwaltungsgebühren für Genehmigung von Veranstaltungen, die nicht durch die Stadt gestaltbar sind, eine Diskussion sollte in den Ausschüssen erfolgen;
- Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, informierte zum aktuellen Sachstand und verwies auf die individuellen Unterstützungsmöglichkeiten (Kulturlotsin, Mietzuschüsse);
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich für eine Klärung der Angelegenheit im Ausschuss OSO aus;
- Wiegand, ehrenamtlicher Beigeordnete für das Ehrenamt, Fraktion SPD, beantragte eine Verweisung der Angelegenheit zur Beratung in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses OSO zusammen mit dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben (FLRV);

Auf Bitten der Fraktion CDU wurde eine Auszeit von fünf Minuten gewährt und die Sitzung danach fortgesetzt.

Herr Panse beantragte namens seiner Fraktion und auch als Einreicher des Einwohnerantrages eine Verweisung der Drucksache 2079/12 zur Beratung in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse OSO, FLRV und Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Hierzu sollten auch einige Vereine und Verbände eingeladen werden. Die Sitzung sollte zeitnah stattfinden.

Herr Metz schlug vor, die Dachverbände, z. B. den Stadtfeuerwehrverband und den Stadt-sportbund einzuladen.

Die Stadtratsvorsitzende fasste den Antrag noch einmal im o. g. Sinne zusammen und ließ über diesen Antrag abstimmen:

Verwiesen in Ausschuss Ja 39 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

8.19. Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken 2120/12
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Gispersleben in seiner Sitzung am 12.11.2012 die Drucksache bestätigt hat (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0), der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache am 21.11.2012 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zum TOP 2 erfolgte keine Diskussion, sondern sofortige Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Stadtrat stimmt der öffentlichen Ausschreibung der in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke sowie der Veräußerung dieser Grundstücke mindestens zum Verkehrswert zu und erklärt die Belastungsvollmacht für noch aufzunehmende Grundschulden zur Finanzierung der Kaufpreise und der Investitionen für diese Grundstücke. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung von Erbbaurechten mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die im Beschlusspunkt 01 genannten Festlegungen umzusetzen.

Hinweise:

Die Anlage 1 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.

8.20. Verwaltungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur Förderung der gemeinnützigen ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt. 2204/12
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 27.11.2012 bestätigt hat (Ja 5 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 2373/12 vor, der ebenfalls in der Sitzung des Hauptausschusses am **27.11.2012** bestätigt wurde (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Antrag der Fraktion SPD die Drucksache ersetzt, somit zuerst darüber abgestimmt wird und rief zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Die Verwaltungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur Förderung der gemeinnützigen ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt, gemäß Anlage 1, bleibt über den 31.12.2012 in Kraft.

02

Den Fraktionen des Erfurter Stadtrates ist zum Ende des 2. Quartals 2014 ein Bericht über die Umsetzungen und Erfahrungen im Umgang mit den Regelungen zur Ehrenamtsförderung vorzulegen.

Hinweis:

Die Anlagen 1 des Beschlusses wurde der Niederschrift als Anlage 9 beigefügt.

8.20.1. Änderungsantrag der Fraktion SPD zur DS 2204/12 - Ver- 2373/12
waltungsrichtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur För-
derung der gemeinnützigen ehrenamtlichen Tätigkeit
auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt

bestätigt

8.21. Beitritt der Landeshauptstadt Erfurt zum Zweckverband 2221/12
"Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)"
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben zur Sitzung am 21.11.2012 zur Drucksache kein Votum abgegeben hat. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen hat am 22.11.2012 die Dringlichkeit der Angelegenheit nicht bestätigt (Ja 5 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0), sodass eine Behandlung der Drucksache nicht erfolgte.

Letzlich fand am 27.11.2012 eine gemeinsame Sondersitzung des Hauptausschusses mit den Ausschüssen für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen sowie Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben statt. Die Ausschüsse votierten jeweils wie folgt:

- Hauptausschuss: bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen: bestätigt (Ja 5 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0)
- Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben: bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0).

Zur Diskussion sprachen:

- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, grundsätzlich ist die Fraktion für die Rekommunalisierung, Problem Energiewandel, fraglich ist nur, ob der Preis gerechtfertigt ist, erfolgte eine ausreichende Prüfung?, Plausibilitätsgutachten des Thüringer Landesverwaltungsamtes, zeitlicher Druck, bei Abwägung überwiegen die Chancen den Risiken, Aussage des Oberbürgermeisters zur "ausreichenden"Prüfung;
- Der Oberbürgermeister, teilte mit, dass den Stadtratsmitgliedern alle Unterlagen vorgelegt wurden, die der Stadt zur Verfügung stehen, diese wurden auch geprüft, soweit dies möglich war, in den Ausschusssitzungen stand der Sachverständige für Fragen zur Verfügung, Rechtsaufsicht ist ausführlich eingebunden bzw. auch die Landesregierung trägt das Verfahren, persönliche Einschätzung: Zustimmung, Chancen sind größer als Risiken, selbst abwägen, auch verlassen auch auf Urteil der Rechtsaufsicht;
- Der amtierende Leiter des Bereiches OB für Wirtschaft berichtete ergänzend zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters, dass am Vormittag der Sitzung ein Gespräch mit dem Vertreter der Rechtsaufsichtsbehörde stattgefunden habe. Danach werde die Haushaltssatzung des Zweckverbandes sehr genau geprüft (Voraussetzung für die Kreditgewährung). Es sei jedoch auch externer Sachverstand erforderlich. Das beauftragte Plausibilitätsgutachten liegt noch nicht vor. Das Thüringer Landesverwaltungsamt wird auch als Rechtsaufsichtsbehörde des Zweckverbandes tätig werden. Wenn die Haushaltssatzung genehmigt wird, dann kann davon ausgegangen werden, dass die Finanzierung gesichert ist.
- Der Vorsitzende der Fraktion FDP, Herr Kemmerich, unterstrich das finanzielle Risiko für die Stadt (12,45 Mio. EUR). Das Geschäftsmodell im Energiesektor ist nicht klar. Der Verkauf von EON Deutschland macht nachdenklich. Nach Aussage der Firma sei die Rendite nicht ausreichend. Die Entscheidung soll zu schnell erfolgen, fehlendes Gegenangebot, Milliardeninvestition, mahnt zur Vorsicht. Risikoeinschätzung im Hinblick auf die Laufzeit (20 Jahre) und der rasanten Entwicklung in der Energiepolitik. Es erfolgt eine Ablehnung der Drucksache durch die FDP-Fraktion.
- Herr Metz, Fraktion SPD, teilte mit, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich für die Kommunalisierung der Netze ist. Dennoch liegen auch hier Bedenken vor, die noch nicht gänzlich ausgeräumt werden können. Zu entscheiden sei mit der Drucksache der Beitritt zum Zweckverband. Die Überprüfung des Haushaltes erfolgte durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Weiterhin haben die Banken die Kreditentscheidung zu treffen. Die Nachfrage von Herrn Kemmerich beantwortete Herr Metz.
- Herr Gloria, Fraktion SPD, sprach sich auch grundsätzlich dafür aus, dass die Energienetze in kommunale Hand kommen. Eine Beteiligung der Stadt bzw. der Stadtwerke ist denkbar. Das Verfahren ist jedoch vor dem Hintergrund des Zeitdrucks nicht in Ordnung. Der Preis für die Übernahme ist jedoch nicht klar. Er schlägt Abwarten als besseres Verfahren zur Preisbildung vor. Es sollte aus seiner Sicht geprüft werden, welche Möglichkeiten vorhanden sind, die Anteile der EON an Unternehmen der Stadtwerke Erfurt zu erwerben. Die Entscheidung sollte seiner Ansicht nach aufgeschoben werden.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, findet die Diskussion sachlich und angemessen. Die geäußerten Bedenken sind ernst zu nehmen, jedoch sei eine Abwägung erforderlich. Eine gewisse Anzahl an Mitgliedern im Zweckverband ist jedoch erforderlich. Eine Bin-

derung an das Angebot besteht jedoch nur noch bis Jahresende. Der Preis für das Unternehmen ist jedoch nicht das Abstimmungsthema; hierzu fehlen die Sachkunde und das erforderliche Gutachten. Es wurde jedoch ein Plausibilitätsgutachten durch das Landesverwaltungsamt in Auftrag gegeben. Die Genehmigung der Haushaltssatzung des Zweckverbandes erfolgt durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Die Energieerzeugung ist zukünftig problematisch, jedoch in der Netzverteilung wird Geld gemacht. Damit ist das Risiko relativ gering, da sie staatlich reguliert ist und die Netzentgelte werden von der Regulierungsbehörde vorgegeben. Zu einer möglichen Zusammenarbeit zwischen Eon Thüringer Energie AG mit den Stadtwerken Erfurt. Gewisse Synergieeffekte sind denkbar, so die Aussage von Herrn Zaiß, Geschäftsführer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH. Er bittet um Zustimmung zur Drucksache. Die Nachfrage von Herrn Gloria zur Geeignetheit der Rechtsform, des Vorhandenseins weiterer Bewerber, Sinken der Erträge und die Synergien mit den Stadtwerken können nicht erkannt werden, beantwortete Herr Kallenbach mit Bezug auf die Aussage von Herrn Zaiß, zum Verbandsmodell ging er auf die geringsten Möglichkeiten des Durchgriffs auf die Zweckverbandsmitglieder und zu den weiteren Fragen auf die Aussagen der vorangegangenen Ausschusssitzung ein.

- Herr Kemmerich hinterfragte kritisch die Synergien mit den Stadtwerken.
- Herr Kallenbach ging auf den Zustand des Thüringer Netzes ein und bewertet es als "gut". Es werden die Mittel- und Niederspannungsnetze im Besitz der EON Thüringer Energie AG erworben.
- Herr Gloria fragte nach den potentiellen Mitbewerbern, die jedoch nicht offen auftreten (nur Gerüchte) und rät eindringlich zum Abwarten.
- Herr Hutt, Fraktion CDU, fragte nach der Bewertung von Herrn Gloria, sollte ein anderer finanzkräftige Bewerber zum Zuge kommen.
- Herr Gloria geht davon aus, dass dieser Erwerber die Gewinnaussichten prüfen würde und dann der Preis nicht mehr so hoch sei, wie jetzt.

Frau Hoyer, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Beratung der Angelegenheit und begründete den Antrag. Daraufhin fragte die Stadtratsvorsitzende, ob die Fraktionen, die noch nicht von ihrem Rede-recht Gebrauch gemacht hatten (Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion Freie Wähler) und das fraktionslose Stadtratsmitglied, ob von ihnen noch eine Redebeitrag erfolgen soll, was verneint wurde.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, sprach gegen den Geschäftsordnungsantrag, da der Geschäftsführer der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH seiner Ansicht nach angehört werden sollte. Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE geht davon aus, dass in der am 27.11.2012 stattgefundenen Ausschusssitzung alles erörtert wurde, diese Aussage jedoch nicht gegen Herrn Zaiß gerichtet sei.

Die Stadtratsvorsitzende stellte den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 24
Nein: 14
Enthaltung: 0
Befangen: 0

Damit wurde der Antrag angenommen.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, beantragte eine Auszeit von fünf Minuten.

Nach der Auszeit erfolgte die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 29 Nein 4 Enthaltung 5 Befangen 0

01

Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Landeshauptstadt Erfurt zum Zweckverband "Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)" auf der Grundlage der Verbandssatzung gemäß Anlage 1 mit Stand 15.10.2012.

02

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle in diesem Zusammenhang gebotenen Erklärungen abzugeben und gemäß § 38 Abs. 3 Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) einen Beitrittsantrag beim Zweckverband "Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)" zu stellen.

Hinweis:

Die Verbandssatzung wurde der Niederschrift als Anlage 10 beigelegt.

8.22. Wohnungsneu- und umbau in Erfurt - Prüfauftrag 2227/12
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe TOP 2.

vertagt

8.23. Einführung einer verfassungskonformen Besteuerung. 2241/12
Beitritt zum Bündnis "Vermögensteuer jetzt!"
Einr.: Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜND-
NIS 90 / DIE GRÜNEN

Die Drucksache wurde noch nicht vorberaten, so die Stadtratsvorsitzende.

In seinem Redebeitrag ging Herr Schwäblein, Fraktion CDU, darauf ein, dass der Stadtrat für die Entscheidung nicht zuständig sei und gab einen Abriss des Wertegangs zur Abschaffung der Vermögenssteuer. Die Fraktion CDU wird sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 28 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

Der Stadtrat Erfurt spricht sich für die schnellstmögliche Einführung einer verfassungskonformen Besteuerung großer Vermögen aus und tritt dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ bei.

8.24. Gebührenfreies WLAN auch in Erfurt einrichten 2249/12
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Stadtratsmitglied vorlag und die Drucksache ohne Vorberatung war.

An der Diskussion beteiligten sich, zum Teil mehrfach:

- Frau Bongardt, Fraktion Freie Wähler, ging auf die möglichen Kosten für die Stadt, rechtliche Problem und darauf ein, dass erneut ein Prüfauftrag an die Verwaltung ausgelöst wird, mit dem dort Personal gebunden wird. Ihre Fraktion wird der Drucksache nicht zustimmen.
- Frau Hennig, Fraktion DIE LINKE., ging auf die Vorteile des kostenlosen W-LAN´s ein (Zugang zu Information und Wissen, egal ob man sich einen Zugang leisten kann oder nicht, kulturelle, wirtschaftliche, soziale Teilhabe ermöglichen). Weiterhin sei es als öffentliche Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge anzusehen. Sie führte Beispiele aus anderen Städten (z. B. Halle) an. Ferner handele es sich lediglich um einen Prüfauftrag.
- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging insbesondere auf die gesundheitlichen Risiken (Strahlung) ein. Sprach sich dafür aus, Strahlungsquellen zu reduzieren statt auszubauen. Seine Fraktion wird der Drucksache daher nicht zustimmen.
- Herr Möller, Fraktion SPD, sprach davon, dass die Zielsetzung der Beschlussvorlage richtig und überlegenswert ist. Überlegenswert sei jedoch, wie Modelle aussehen könnten, ohne Kosten für die Stadt zu produzieren. Er ging hier auf die Problematik der selbstkochenden Einrichtungen in Kitas und Schulen ein. Eine Umsetzung sieht er als unwahrscheinlich. Die SPD-Fraktion wird dem Antrag daher nicht zustimmen können.
- Frau Hennig erwiderte auf die Aussagen von Herrn Kanngießer und Herrn Möller. Sie möchte den Stadtrat in seiner politischen Arbeit nicht eingeschränkt wissen.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Offenbar sei auf Grund der Zustimmung der Verwaltung zum Prüfauftrag von freien Kapazitäten in der Stadtverwaltung auszugehen.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, erläuterte Möglichkeiten, die schon jetzt vorhanden seien, um einen kostenlosen Zugang zum Internet zu ermöglichen (z. B. Hotspot in der Universität). Er geht davon aus, dass ein weiterer Bedarf zweifelhaft sei.

- Herr Schwäblein, Fraktion CDU, sieht den Antrag als überflüssig an und begründete dies an praktischen Beispielen.

Durch Herrn Besser, Fraktion Freie Wähler wurde der Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Beratung der Angelegenheit gestellt. Da die FDP-Fraktion auf ihr Rederecht verzichtete, ließ die Stadtratsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	23
Nein:	15
Enthaltung:	0
Befangen:	0

Im Anschluss ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

Danach bat die Stadtratsvorsitzende, die Fraktionsvorsitzenden nach vorne, um über den Fortgang der Sitzung zu beraten. Im Anschluss teilte Sie mit, dass sich geeinigt werden konnte, den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates zu beenden.

abgelehnt Ja 6 Nein 29 Enthaltung 3 Befangen 0

9. Informationen

9.1.	Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) - Bargeld statt Wertgutscheine in der Landeshauptstadt Erfurt ab Oktober Einr.: Oberbürgermeister	1843/12
------	---	---------

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer